

G20 - Transformative Politik & Programme voranbringen

Zeichen für zukunftsfähige Entwicklung setzen – Forderungen zivilgesellschaftlicher Initiativen in Deutschland

Impressum

- Autor*innen:** Fachforum Umwelt, Klima, Rohstoffe & Entwicklung,
Fachforum Internationales & Partnerschaften
- Herausgeber:** agl – Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V.,
Am Sudhaus 2, 12053 Berlin, www.agl-einewelt.de
- Erscheinungsdatum:** Mai 2017
- Kontakt:** Stefan Rostock, Bundeskoordinator Fachforum Umwelt, Klima, Rohstoffe & Entwicklung
Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl) e.V.
c/o Germanwatch e.V.
Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
E-Mail: rostock@germanwatch.org

Transformative Politik & Programme voranbringen

Zeichen für zukunftsfähige Entwicklung setzen - Forderungen zivilgesellschaftlicher Initiativen in Deutschland

Die G20 umfassen ca. 2/3 der globalen Bevölkerung, 3/4 der globalen Wirtschaftsleistung (BIP) und 80% der globalen Emissionen. Die G20 sind ein informeller Club aus 19 Staaten und der EU und repräsentieren die alten Industrieländer (G7) sowie die großen Schwellenländer. Durch ihre politische und wirtschaftliche Kraft können sie ein wichtiges Gremium sein, um globale Herausforderungen anzugehen und durch konkrete Umsetzung, Kooperation und Vorbildwirkung zur Stärkung des UN-Systems beitragen.

Angesichts vieler Herausforderungen, vor allem der wachsenden sozialen Kluft und der Klimakrise als Multiplikator für soziale und ökologische Risiken, ist die G20 gefordert: Sie muss ihren Beitrag zur Transformation, vor allem der Ernährungs-, Verkehrs- und Energiesysteme, im Rahmen der Umsetzung der Agenda 2030 und des Paris-Abkommens steigern und mit Kräften einer im Gestern gefangenen Gegentransformation entgegen arbeiten. Die Gestaltung einer globalen, auf Kooperation und gegenseitiger Achtung fußenden, pluralen Gesellschaft innerhalb planetarer Grenzen und unter Anerkennung der Menschenrechte ist die zentrale Herausforderung, in die wir uns einbringen wollen – diese sollte auch zum Leitbild der G20 werden.

Die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) ist der bundesweite Dachverband der 16 Eine Welt-Landesnetzwerke. Die agl unterstützt ihre Mitglieder in deren Engagement für eine zukunftsorientierte globale Entwicklung, die auf den Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit, Demokratie und Partizipation beruht. Die agl erreicht über ihre Mitgliedsverbände bundesweit rund 10.000 entwicklungspolitische Gruppen und Vereine. Die agl und ihre entwicklungspolitisch engagierten Mitgliedsverbände, Gruppen und Einzelpersonen sehen, dass Deutschland viele entwicklungspolitische Themen auf die G20-Agenda gebracht hat, wie Bildung für Frauen und Mädchen, Gesundheit/Epidemienbekämpfung, Zugang zu Digitalisierung, verstärkte Partnerschaften mit Afrika (Compact with Africa) u.a. sowie eine ganze Palette zur Umsetzung der SDG. Im Klimabereich sind dies vor allem: Klimarisikoversicherungen, die Wirtschaftsinitiative "Compact with Africa", grüne Investitionskriterien oder klimabezogene Finanzrisiken – dennoch: Die deutsche Präsidentschaft kann und muss mehr tun. Deswegen richten sie folgende Forderungen an die Bundesregierung, die in 2017 den Vorsitz der G20 hat und den G20-Gipfel am 7./8. Juli in Hamburg ausrichtet:

1) Vorwärts immer - Rückwärts nimmer

Die G20 haben mit ihrem Bekenntnis zur Agenda 2030 und der Aufforderung, das Paris Abkommen zu ratifizieren, 2016 wichtige Meilensteine gesetzt. Kommende Abschlusserklärungen dürfen nicht dahinter zurückfallen. Die Agenda 2030 *"könnte für die Weltwirtschaft, für nationale Gesellschaften, auch für Deutschland einen Rahmen für einen Gesellschaftsvertrag für inklusive und nachhaltige Entwicklung darstellen. Die Agenda 2030 kann zugleich zu einem Modernisierungs-, Gerechtigkeits-*

und Friedensprojekt werden".¹ Daran wird sich auch die G20 messen lassen müssen. Doch gleichzeitig müssen wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen.

2) Keine Angst vor niemand!

Die Euphorie des Jahres 2015 mit wegweisenden multilateralen Beschlüssen muss auch in den Jahren der Umsetzung gehalten werden. Die Kräfte einer zunehmend globalen Zivilgesellschaft sind ein wichtiger Impulsgeber der Veränderungen hin zu sozialen und ökologischen (Industrie-) Gesellschaften. Die G20 muss Repression der Zivilgesellschaft in ihren eigenen Reihen beenden und kann ein wichtiges Statement abgeben gegen den sich zunehmend verengenden Raum vieler zivilgesellschaftlicher Akteure. Zivilgesellschaftliches Engagement und Pressefreiheit sind der Raum, in dem Gesellschaften sich entwickeln und auf Entwicklungen von außen reagieren können.

3) Industrieländer sind Entwicklungsländer!

Mit der Agenda 2030 sind nun vor allem die G20 zu Entwicklungsländern auf dem Weg hin zu mehr Nachhaltigkeit geworden. In folgenden Bereichen heißt globale Gerechtigkeit vor allem Veränderungen in den G20 Staaten selbst: Die globale Klimakrise trifft vor allem die Menschen in den Ländern des Südens. Die Forderung, "Klimaschutz müssen alle machen", stimmt, vernebelt aber die Situation. Die 10% der reichsten Menschen dieser Erde sind für 50% der Emissionen zuständig, die 50% der Ärmsten für 10% der globalen Emissionen. Im Klimaschutz ist die G20 gefordert Vorreiter zu sein! Dies heißt, die Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftswende in ihren Ländern umzusetzen und andere Länder zu unterstützen, dies auch zu schaffen. Hier gilt es, die *Schönheit der Herausforderung*² anzunehmen und die Möglichkeiten der begeisterten Teilhabe auszuschöpfen.

4) "Leave no one behind"

Die soziale Kluft, vor allem innerhalb der Staaten, wird zunehmend zu einer Belastung des sozialen Friedens. Die G20 ist gefordert sich für eine umfassende und transformative Bildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung bei sich und weltweit einzusetzen, und die Transformation inklusiv, gerecht und sozialverträglich zu gestalten. Insbesondere sollten die Interessen und Bedürfnisse von Frauen und Mädchen sowie der Jugend ins Zentrum der Entwicklung gestellt werden. Eine intensive Kooperation mit den V20, den Finanzministern der Gruppe der gegenüber dem Klimawandel verletzlichsten Staaten, kann dazu beitragen, mit ärmeren Ländern auf Augenhöhe die notwendige Unterstützung zu organisieren und gleichzeitig eine wertvolle Plattform für den Erfahrungsaustausch zu bilden. Denn die V20 haben sich in ihrer Marrakesch-Erklärung zu ehrgeizigen Zielen verpflichtet, wie dem Ausstieg aus fossilen Subventionen und dem Umstieg auf eine komplett erneuerbare Energieversorgung bis allerspätestens 2050.

¹ Dirk Messner, Passt das Ökologische zum Sozialen – Überlegungen in turbulenten Zeiten, Festvortrag für Erhard Epler, Stuttgart, 9. Dezember 2016, S. 10

² Franziskus: Laudato Si (2015) 15

5) Multilateralismus stärken - Kooperation üben und ausbauen

Die Agenda 2030 und das Pariser Übereinkommen bilden gegenwärtig die einzigen ehrgeizigen Vorhaben, an denen sämtliche Nationen beteiligt sind. Diese beiden Menschheitsprojekte könnten also Akteure zusammenbinden, die in anderen Zusammenhängen nicht kooperieren oder sogar ernsthafte Konflikte austragen.³ Aus unserer Sicht stellen auch die UN-Leitsätze für Wirtschaft und Menschenrechte eine solche Rahmensetzung dar. Die G20 kann konkrete Kooperationsprojekte anstoßen und deutlicher dazu beitragen, dass multilaterale System unter dem Dach der UN zu stärken.

6) Finanzen für Nachhaltigkeit

Gerade große Finanzvolumina entfalten, richtig investiert, Hebelwirkung für mehr Nachhaltigkeit. Diese Dynamik zur Umschichtung ist an den Finanzmärkten spürbar. Die G20 kann diese Dynamik unterstützen, auch um wirtschaftliche Schäden durch Risikoinvestments in Kohle, Atom oder Gentechnik zu verhindern bzw. einzudämmen. Die G20 hat jetzt die Möglichkeit, in der Umschichtung von Finanzmitteln hin zu nachhaltigem Investment wichtige Weichen zu stellen: in der Abschaffung nicht nachhaltiger Subventionen für fossile Energien, in der Förderung eigenen und allgemeinen Divestments, d.h. Umschichtung von angelegten Geldern mittels Nachhaltigkeitskriterien sowie im Aufbau einer sicheren, ökologischen und sozialen Finanzinfrastruktur, zusätzlich braucht es eine nachhaltige Steuerpolitik und soziale Fördermaßnahmen. Es geht vor allem darum, Unternehmen daran zu hindern, sich der Finanzierung des Gemeinwesens, auf dessen Funktionieren sie angewiesen, sind zu entziehen.

7) Handel

Gerade die ärmeren Länder rund um den Globus und die verwundbarsten Menschen sind besonders darauf angewiesen, dass der internationale Handel regel- und nicht rein macht basiert ist. Handel braucht Regeln für eine menschenrechtsbasierte und zukunftsfähige Wirtschaft. Gerade die Preise für Transport müssen die ökologische und soziale Wahrheit⁴ sagen. Lokale Produktion, gerade in den Ländern des Südens, aber auch stärker in den Ländern des Nordens, muss durch faire Handelsregeln konkurrenzfähig sein. Wir fordern Transparenz der gesamten Zulieferkette. Ein Verbraucher, der sein Produkt zum Beispiel mit dem Smartphone scannt, soll die gesamte globale Produktionskette, Zölle, sowie Sozial- und Umweltstandards nachvollziehen können.

8) Entwicklungsfinanzierung, Steuerflucht und -vermeidung

Steuern sind Grundpfeiler für das Funktionieren des Gemeinwesens und dienen unter anderem dem Aufbau der öffentlichen Infrastruktur. Die Länder des globalen Südens verlieren jährlich durch Steuerflucht und Vermeidung mehr an potenziellen Steuereinnahmen als durch ODA in die Länder hineinfließt. Schon 2015 beim Gipfel zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba forderte die G77

³ WBGU, Sondergutachten Entwicklung und Gerechtigkeit durch Transformation: Die vier großen I, Berlin, 2016, S. 3;

⁴ Nach: Weizsäcker, Ernst Ulrich von: Erdpolitik - ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt, vierte, aktualisierte Auflage, Darmstadt, 1994

verstärkte Anstrengungen, um der Steuerflucht beizukommen und illegitime Finanzflüsse (*Illicit Financial Flows*) effektiver zu bekämpfen. Wir fordern die G20 auf, diese Forderungen umzusetzen. Konkret: eine Veröffentlichung zentraler länderbezogener Unternehmensdaten (bspw. Steuerzahlungen nach Ländern aufgelistet, Angestellte, Umsatz, Gewinn). Nur so kann die Zivilgesellschaft und Wissenschaft überprüfen, ob Unternehmen dort Steuern zahlen, wo sie wirtschaftlich aktiv sind.⁵ Eine Verlagerung der Diskussion heraus aus der OECD und hinein in die UN – dies würde zu einem größeren Mitspracherecht der Länder des globalen Südens führen.⁶ Wir fordern den Systemwechsel hin zu einer Gesamtkonzernsteuer. Eine solche Gesamtkonzernsteuer würde wirksam dazu beitragen, die Besteuerung anhand der realen Werte und Gewinne der Konzerne zu gewährleisten und Steuerflucht zu bekämpfen.⁷ Die SDG haben - neben dem Bedarf nach mehr Politikkohärenz - einen immensen Finanzierungsbedarf. Dieser kann nur erreicht werden, wenn der Steuerflucht ein Riegel vorgeschoben wird und die Länder des Südens höhere Steuereinnahmen generieren können. Wer nachhaltige Entwicklung finanzieren will, darf Steuervermeidung nicht verschweigen!

9) Finanzmärkte

Seit der Finanzkrise versprechen die G20-Staaten, die Finanzmärkte strenger zu regulieren. Doch sowohl die Umsetzung des US-amerikanischen Dodd-Frank Acts - derzeit unter Review durch Trump-Dekret - als auch europäische Anstrengungen blieben hinter den Erwartungen zurück. Es gibt noch immer signifikante Risiken innerhalb des globalen Finanzsystems und regulatorische Schlupflöcher.⁸ Die unregulierten Finanzmärkte stellen eine immense Gefahr vor allem für die Länder des globalen Südens dar. Sie gehen mit makro-ökonomischen Unsicherheiten einher⁹ und machen Entwicklungsfortschritte immer wieder zunichte. Eine solche Krise darf sich also aus wirtschaftlichen, vor allem aber auch politischen Überlegungen nicht wiederholen. Wir fordern: Reformen, damit dem Problem des „too big to fail“ entgegengewirkt wird, beispielsweise glaubwürdige Eigenkapitalvorschriften, eine Finanztransaktionssteuer und eine Begrenzung des Hebelverhältnisses („leverage ratio“) sowie eine Begrenzung von Währungsspekulationen beispielsweise durch Kapitalverkehrskontrollen.¹⁰

10) Compact with Africa

Der Compact with Africa verfolgt den richtigen Ansatz, Investitionen in afrikanischen Staaten zu fördern und dort Arbeitsplätze zu schaffen. Allerdings fokussiert er zu sehr auf internationale Investitionen und Infrastrukturentwicklung. Das Beispiel erfolgreicher aufholender Entwicklung asiatischer Staaten belegt, dass es weiterer „Zutaten“ bedarf. Wir fordern dementsprechend, dass

⁵ https://netzwerksteuergerechtigkeit.files.wordpress.com/2015/11/2016_11_29_pm-zur-g20-prc3a4sidentschaft.pdf

⁶ <http://www.weed-online.org/publikationen/9417842.html>

⁷ https://netzwerksteuergerechtigkeit.files.wordpress.com/2016/06/nwsg_2017_gesamtkonzernsteuer1.pdf

⁸ <http://civil-20.org/main/wp-content/uploads/2017/03/Finance.pdf>

⁹ http://stats.unctad.org/Dgff2016/partnership/goal17/target_17_13.html

¹⁰ http://unctad.org/en/Docs/webgds2011_g20d06_en.pdf. Statistiken zur Währungsspekulation siehe: http://www.bis.org/publ/otc_hy1611.pdf

auch einheimische, afrikanische Unternehmen mit Technologietransfer und dem Zugang zu bezahlbaren Krediten gefördert werden; dass legale Migrationsoptionen eingeräumt werden, damit afrikanische Unternehmer im Ausland wichtige Management- und Unternehmerfähigkeiten lernen können; dass überprüft wird, dass nicht ausländische Investitionen einheimische Unternehmen vom Markt drängen und es zu einem Arbeitsplatzverlust kommt und vor allem Investitionen sich nachvollziehbar an ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitskriterien ausrichten und im Einklang mit den Zielen des Pariser Klimaabkommen und der Agenda 2030 erfolgen.

Sogar die Weltbank schreibt, dass es erst zu positiven Folgewirkungen (*spill over*) zwischen erfahrenen internationalen Firmen und einheimischen Klein- und Mittelständlern kommt, wenn die letzteren eine gewisse „Entwicklungsstufe“ erreicht haben.¹¹ Handelserleichterungen und Investitionen allein werden also nur einen begrenzten Effekt haben. Will man wirklich Perspektiven in Afrika aufbauen, dann führt kein Weg an einem breiten Förderprogramm für afrikanische Unternehmen vorbei.

Fazit

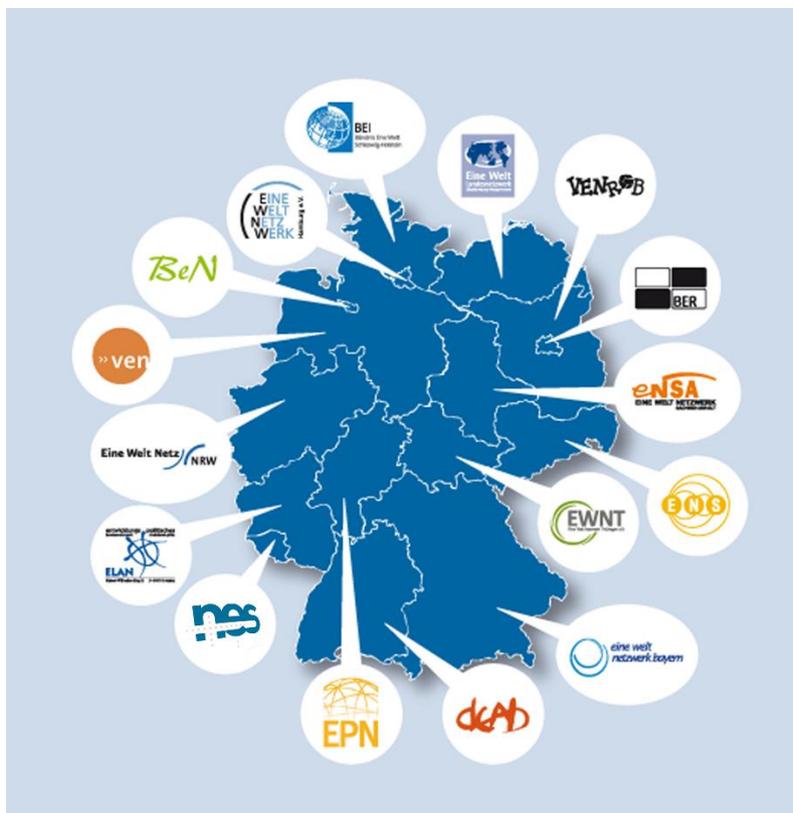
Die G20 kann nur wegweisende Beschlüsse fassen, wenn die dort agierenden Industrieländer in eine dekarbonisierte und nachhaltigere Zukunft vorangehen. Die agl ruft deswegen Deutschland auf, in der ambitionierten Umsetzung der Agenda 2030 und des Paris Abkommens voranzugehen. Dazu braucht es Politikkohärenz, das Ende der Rosinenpickerei in der Umsetzung, Einhalten von Finanzausgaben, ein ambitioniertes Datum für einen Kohleausstieg und mehr Kohärenz für Nachhaltigkeit der deutschen Politik in der EU (vor allem Landwirtschaft und Verkehr) und internationalen Organisationen.

Über die agl

Die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) ist der bundesweite Dachverband der 16 Eine Welt- Landesnetzwerke. Die agl unterstützt ihre Mitglieder in deren Engagement für eine zukunftsorientierte globale Entwicklung, die auf den Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit, Demokratie und Partizipation beruht. Auf Landesebene haben sich Eine Welt-Gruppen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen zu Eine Welt-Landesnetzwerken zusammengeschlossen. Die entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit der Eine Welt-Landesnetzwerke leistet einen entscheidenden Beitrag zur Gestaltung einer zukunftsfähigen, sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung. Durch ihre Arbeit tragen sie dazu bei, in der Bevölkerung ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu fördern. Gemeinsame Ziele der Arbeit von agl und Eine Welt-Landesnetzwerken sind die Professionalisierung und der Ausbau der Arbeit lokaler Eine Welt-Gruppen. Die agl erreicht über ihre Mitgliedsverbände bundesweit rund 10.000 entwicklungspolitische Gruppen und Vereine. Die agl ist Mitglied im Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO).

¹¹ http://siteresources.worldbank.org/INTWDR2005/Resources/complete_report.pdf S. 138

Die Eine Welt – Landesnetzwerke in Deutschland



DEAB Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V.
Fon: 0711/66 48 73 60, Fax: 0711/6453136
info@deab.de
www.deab.de

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.
Fon: 089/35 04 07 96
info@eineweltnetzwerkbayern.de
www.eineweltnetzwerkbayern.de

BER Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V.
Fon: 030/42 85 15 87, Fax: 030/49855381
info@eineweltstadt.berlin
eineweltstadt.berlin

VENROB Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V.
Fon: 0331/70 489 66, Fax: 0331/2708690
info@venrob.org
www.venrob.org

BeN Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk e.V.
Fon: 0421/69 53 14 23, Fax 0421/171016
info@ben-bremen.de
www.ben-bremen.de

Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.
Fon: 040/35 893 86, Fax: 040/3589388
info@ewnw.de
www.ewnw.de

EPN Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V.
Fon: 069/91 39 51 70, Fax: 069/295104
info@epn-hessen.de
www.epn-hessen.de

Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Fon: 0381/20 37 38 46, Fax: 0381/4902491
info@eine-welt-mv.de
www.eine-welt-mv.de

VEN Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V.
Fon: 0511/39 16 50, Fax: 0511/391675
info@ven-nds.de
www.ven-nds.de

Eine Welt Netz NRW e.V.
Fon: 0251/28 46 69-0, Fax: 0251/294669-10
info@Eine-Welt-Netz-NRW.de
www.Eine-Welt-Netz-NRW.de

ELAN Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz e.V.
Fon: 06131/97 208 67, Fax: 06131/9720869
info@elan-rlp.de
www.elan-rlp.de

NES Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e.V.
Fon: 0681/938 52-35, Fax: 0681/938 52-64
info@nes-web.de
www.nes-web.de

ENS Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsens e.V.
Fon: 0351/49 233 64, Fax: 0351/4923360
kontakt@einewelt-sachsen.de
www.einewelt-sachsen.de

EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt e.V.
Fon: 0340/23 011 22; Fax: 0340/2301121
ewnsa@web.de
www.ewnsa.de

BEI Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Fon: 0431/67 93 99-00 Fax: 0431/679399-06
info@bei-sh.org
<http://www.bei-sh.org>

Eine Welt Netzwerk Thüringen e.V.
Fon: 03641/22 499 50, Fax: 03641/22 49 949
buero@ewnt.de
<http://www.ewnt.de>